

W o r t s

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Hundertjähr. 4,50 RM., monatl. 1,50 RM.
frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich, vom Postamt abzuholen
1,60 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
2.— RM., für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
bei direkter Bestellung monatl. 1,80 RM.
Vollbestellungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. Einzeltage in die
Post-Zeitungs-Vertriebsstelle.
Erlössteuer täglich.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die Nebenspalten des Anzeigenblattes
80 Bsp. „Kleine Anzeigen“, das
festgedruckte Wort 30 Bsp. (ausführ-
lich festgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 16 Bsp. Stellengeld und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
20 Bsp., jedes weitere Wort 10 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Zeitungszuschlag 20%.
Familien-Anzeigen, politische und
gemeinschaftliche Berichte - Anzeigen
60 Bsp. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
werden. Bestimmt von 8 Uhr früh bis
7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 20. Juli 1918.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Neuer Durchbruchversuch zwischen Aisne und Marne

**Die lang erwartete französische Gegen-
offensive — Vereitelter Durchbruch —
Feindliche Teilangriffe bei Mareuil,
beiderseits Bourcy, an der Suippes und
bei Perthes — Bisher über 20 000 Ge-
fangene.**

Berlin, 19. Juli 1918, abends. Amtlich.
Derliche Kämpfe nördlich der Eys. Auf
dem Schlachtfeld zwischen Aisne und
Marne ist ein erneuter französischer Durch-
bruchversuch unter schwersten Verlusten für
den Feind gescheitert.

Amtlich, Großes Hauptquartier, 19. Juli
1918. (S. 7. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampfaktivität lebte am Abend auf. Bei Erkundungen
machten wir mehrfach Gefangene.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne ist die Schlacht
von neuem entbrannt. Der Franzose hat dort seine lang-
erwartete Gegenoffensive begonnen.

Durch Verwendung stärkster Geschwader von Panzer-
kraftwagen gelang es ihm zunächst überraschend an ein-
zelnen Stellen in unsere vorderste Infanterie-
und Artillerielinie einzubrechen und unsere Linien zurückzu-
drücken. Weiterhin haben unsere Stellungendivisionen im
Verein mit bereitstehenden Reserven einen feindlichen
Durchbruch vereitelt. Gegen Mittag waren die fran-
zösischen Angriffe in der Linie südwestlich von
Soissons-Neuilly-nordwestlich von Chateau-
Thierry zum Scheitern gebracht. Am Nachmittag
brachen an der ganzen Angriffsfront sehr starke Teil-
angriffe des Feindes an unseren neuen Linien zusammen.
Die dem Kampffeld zureichenden feindlichen Kolonnen
waren das Ziel unserer erfolgreichen Schlagschläger.
Unsere Jagdflieger schossen 32 Flugzeuge des Gegners ab.
Leutnant Loewenhardt errang seinen 38. und 39., Leu-
tnant Bolle seinen 23. und 24., Oberleutnant Goehring
seinen 22. Luftsieg.

Gegen die Südfront der Marne hat der Fran-
zose nach seinen Misserfolgen am 16. und 17. Juli nur
noch Teilangriffe südöstlich von Mareuil geführt; sie
wurden abgewiesen.

Zwischen Marne und Reims und östlich von
Reims blieb die Gefechtsaktivität auf örtliche Kampf-
handlungen beschränkt. Feindliche Angriffe im Aisne-
wald und beiderseits von Bourcy scheiterten.
Bei erfolgreichem Vorstoß nordwestlich von Proves
und bei Abwehr feindlicher Teilangriffe an der Suippes
und beiderseits von Perthes machten wir Gefangene.
Die Zahl der seit 15. Juli eingebrachten Gefangenen
hat 20 000 überschritten.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

Im Raume beiderseits von Aisne wurden artille-
ristisch stark vorbereitete Bataillone der Feinde teils durch Feuer,
teils im Gegenstoß zurückgeschlagen. Ebenso scheiterte im
Drecks-Tal ein italienischer Angriff. — In Albanien
Bländeleien der Sicherungstruppen.

Der Chef des Generalstabes.

Fliegerangriff gegen die holsteinische Küste.

Berlin, 19. Juli. Bei einem heute früh von mehreren
feindlichen Flugzeugen auf unsere Luftschiffanlagen bei
Londern ausgeführten Angriff wurde nur einiger
Sachschaden, kein Personalverlust verursacht.

Minnaßbing, 19. Juli. Zwei englische Flieger sind
heute früh infolge Benzinmangels und Motorschadens an
der jütländischen Westküste gelandet.

Fochs Durchbruchversuche.

Berlin, 19. Juli. (S. 7. B.) Der durch die deutsche Offen-
sive beiderseits Reims erzwungene Entlastungsangriff der Entente
zwischen Aisne und Marne begann am 18. Juli 5 Uhr 45 Minuten
vormittags mit heftigem feindlichem Feuer. Teilweise gleichzeitig
mit dem Beginn der Feuereröffnung, teilweise erst 14 Stunde
später griff der Feind mit sehr starken tieffliegenden
Kräften, unterstützt durch tiefliegende Flugzeuge und
zahlreiche Tankgeschwader, unsere Stellungen zwischen
Aisne und nordwestlich Chateau-Thierry an. Vor einem einzigen

Nordabschnitt wurden beim ersten Einschlag allein 80 feindliche
Panzerwagen gezählt. Nachdem nördlich der Aisne Leichter-
blutig abgewiesen waren, trat hier verhältnismäßige Ruhe ein.
Auf der übrigen Front gelang es dem Gegner, der hier
unter allen Umständen einen entscheidenden Erfolg erringen wollte,
unter ungeheuren Verlusten und wechselvollen Kämpfen an ein-
zelnen Stellen einzubrechen und unsere Linien
zurückzudrücken. Durch immer wieder herangeführte frische
Reserven und Panzerwagen näherte der Feind die im deutschen
Feuer dezimierten Sturmtruppen. Bereits gegen Mittag
waren die feindlichen Angriffe in der Linie südwestlich von Soissons
— Neuilly nordwestlich Chateau-Thierry zusammengebrochen.
Trotz höchster Massierung aller seiner Kampfmittel und trotz der
rücksichtslosen Blutzöpfe konnte der Feind sein Ziel nicht erreichen.
Der erstrebte Durchbruch, der den Deutschen an der Somme, in
Flandern, an der Eys, an der Aisne und südwestlich von Soissons
voll gelang und sie in wenigen Tagen bis zu 80 Kilometer Tiefe
durch alle feindlichen Stellungen und Geländehindernisse hindurch-
führte und die feindlichen Armeen vor sich hertrieb, blieb dem
Gegner wiederum verweigert. In den Mittagstunden er-
neuerte der Feind seine verzweifeltsten Angriffe
südwestlich von Soissons. Aber auch diese brachen unter
hohen Feindverlusten zusammen.

In unserem flankierenden Artilleriefeuer vom nördlichen Aisneufer her

schmolzen die feindlichen Sturmabteilungen zusehends zusammen.
Die herangeführten Verstärkungen wurden schon beim Anmarsch
von unseren weittragenden Batterien vernichtend gefügt. Infolge
dieser außerordentlich schweren Verluste laute am Nachmittag die
Kampfaktivität ab. Doch noch einmal versuchte der Feind nach
6 Uhr abends bis in die Nachtstunden hinein gegen
die deutsche Front gegenüber den Wäldern von Billers. Col-
lets anzukommen und sie zu durchbrechen. Auch hier blieben alle
Anstrengungen des Feindes vergeblich. Der für den Feind so
blutige 18. Juli endete mit einer schweren Enttäuschung unserer
Gegner, die ebenso wie bei den Angriffsschlägen, so auch in dieser
Abwehrschlacht der deutschen Führung und Truppe unterlegen
blieben.

Französischer Deeresbericht vom 18. Juli
abends. Nachdem sie die deutsche Offensive auf der Champagne-
front und im Reimsfeld Bergland in den Tagen des 15., 16. und
17. Juli gebrochen hatten, gingen die französischen Truppen ge-
meinsam mit amerikanischen Streitkräften am 18. zum Angriff
gegen die deutschen Stellungen zwischen der Aisne und
Marne auf einer Ausdehnung von 45 Km. zum An-
griff vor. Von der Front Ambleny-Longpont-Troednes-
Bourches ausgehend, haben wir einen wichtigen Fortschritt in die
feindlichen Linien erzielt. Wir haben die Hochflächen er-
reicht, welche Soissons von Südwesten und die
Gegend von Chaudun beherrschen. Zwischen Billers-
Heslon und Rozoy fur Durcq wurden heftige Kämpfe im Gange. Süd-
lich der Durcq haben unsere Truppen im großen und ganzen
die Linie Marigny-Sainte Genevieve-Sautavannes-Belleau über-
schritten. Mehr als 20 Dörfer sind durch die bewundernswerte
Tapferkeit der französischen und amerikanischen Truppen wieder-
gewonnen worden. Mehrere tausend Gefangene und bedeutende
Beute sind in unsere Hände gefallen. Auf den anderen Teilen der
Front nichts Wichtiges.

Gesandtenmord-Verhandlungen.

Nach der Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau
sind zwischen der deutschen und der russischen
Regierung Verhandlungen darüber gepflogen worden, wie
die Sicherheit des Nachfolgers des Herrn von Mirbach gewahrt
werden könne. Die deutsche Regierung hat sich zu Beginn dieser
Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt, daß sie sich durch
die Vorkommnisse in Moskau veranlaßt sehe, sehr verlässliche
Maßnahmen für die Sicherheit des Gesandten vorzuschlagen.
Nach Meldungen russischer Zeitungen habe Deutschland verlangt,
daß sich die russische Regierung mit der Stationierung
eines kriegsstarke Bataillons deutscher Sol-
daten in Moskau zum Schutze der Gesandtschaft ein-
verstanden erkläre. Diese Forderung ist der russischen Re-
gierung zu weit gegangen. In den fortgesetzten Ver-
handlungen ist es dann gelungen, zu einer Verständigung
über Maßregeln zu kommen, die die Sicherheit der deutschen
Gesandtschaft gewährleisten. Wie verlautet, ist eine aus mehre-
ren hundert deutschen Soldaten gebildete Schutztruppe in der
russischen Hauptstadt gebildet worden.

Gewisse Blätter der Rechten sind sehr erobert, daß die Sow-
jetregierung noch nicht melden kann, daß die beiden Mörder des
Grafen Mirbach hingerichtet wurden. Zwar seien 13 Personen
erschossen worden, die mit dem Verbrechen in Zusammenhang
standen, darunter der Hauptführer des Putjines, aber die beiden
Mörder seien, wennschon man sie lenne, doch noch nicht einmal
verhaftet. An maßgebender Stelle in Berlin wisse man noch
nichts davon, daß der eine Mörder, Andrejew, wie die Peters-
burger Telegraphen-Agentur meldet, hingerichtet wurde. Un-
bedingte Mithilfe der Gesandtenmord gerächt werden, und zwar an
beiden Mitteltätern. Der „Tag“ will das als einen besonderen
Beweis der Stärke der Sowjetregierung ansehen. Immerhin
gibt er zu, daß das, was sie bisher getan, für ihren guten Willen
spreche.

Reichstag und Reichsfinanzen.

Mit frohem Stolz hat sich Graf R o e d e r n in seiner Dank-
rede an den Reichstag gerührt, daß er ein stattliches Steuer-
bündel nach Hause bringe. Er hat mehr Steuern bewilligt er-
halten, als er verlangt hat. Der Reichstag sah die Finanzlage
des Reiches gewissenhafter und strubelhafter als das Reichs-
schahamt an, das vor den verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten
in der bisherigen Steuerverteilung zwischen Reich und Bundes-
staaten ängstlich zurückgewichen war und die Vorlage direkter
Steuern im wesentlichen vermieden hatte.

Der Reichstag hat statt der angeforderten drei Milliarden
Mark neuer Steuern mehr als vier Milliarden be-
willigt — eine Ziffer, deren Bedeutung auch bei der Gewöhnung
an die Riesenmaßstäbe dieses Krieges bewahrt bleiben muß und
die recht eigentlich bei einem Vergleiche mit dem letzten Frei-
denshaushalte des Reiches offenbar wird, der 1,8 Milliarden
Mark betragen hat. Der Reichstag ließ sich bei der Genehmi-
gung einer so großen Summe von drei Gesichtspunkten leiten:

Die Vorschläge des Reichsschatzamtes sorgten, so erstaunlich
es auch klingen mag, nur für eine bu ch m ä ß i g e Dedung, in-
dem Erträge aus Steuern als Einnahmen in den Staatshaus-
halt eingestellt wurden, die erst nach der Uebergangswirtschaft zu
erzielen sein werden. Der Reichstag verlangte, daß der Fehlbetrag im
Staatshaushalte wenigstens annähernd tatsächlich
gedeckt wird. Ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes
Parlament konnte auch nie und nimmermehr der einseitigen
Belastung vom Verbrauch und Verkehr zustimmen, während die
Wesenden frei von jeder empfindlichen steuerlichen Last blieben, und drittens trieb — und das ist wohl
keine Uebertreibung — das Schamgefühl dazu, in steuerlicher
Opferwilligkeit nicht hinter den Engländern zurückzubleiben. Der
Gegensatz zur britischen Steuerpolitik wurde um so krasser, als
das englische Budget den tatsächlich erzielten Einnahmen ent-
sprach, während in Deutschland die Ansätze aus dem letzten
Friedensjahr schlankweg übernommen wurden. Es wurden also
Erträge aus Zöllen und indirekten Steuern verbucht, die längst
keine oder nur sehr geringe Erträge lieferten. Die neuen Steu-
ern, die während des Krieges beschlossen wurden, bedeuteten also
keine tatsächlichen Neueinnahmen, sondern zum Teil nur den
Erfolg einer ausgefallenen Einnahme durch eine andere. Unter
diesen Umständen mußte sogar mehr als die Hälfte der
Kriegsgewinnsteuer, die ursprünglich zur Verringerung
der Reichsschuld bestimmt war, für die Deckung der tat-
sächlichen Fehlbeträge verwendet werden, obwohl das
ordentliche Budget sowieso durch die Uebernahme der bekann-
ten sehr beträchtlichen militärischen Auslagen auf den Kriegs-
fonds wesentlich entlastet wird. Man darf billig zweifeln, ob
auch durch die neuen Steuerentwürfe eine Deckung des tatsäch-
lichen Fehlbetrages erzielt worden ist, und ob nicht wieder die
Kriegsgewinnsteuer für diesen ihr eigentlich als eine einmalige
Steuer fernliegenden Zweck herangezogen wurde. Jedenfalls
hat der Reichsschatzsekretär die Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften
von vornherein für diese Aufgabe bestimmt.

Wie ungenügend die deutsche Reichsfinanzpolitik, besonders
unter dem unglückseligen Regime Helfferich ihre
Aufgaben erfüllte, lehrt ein Vergleich der bisher beschlossenen
dauernden Steuern mit dem Bedarf. Würde morgen Frieden
geschlossen, so hätte das Reich wohl mindestens zwölf
Milliarden Mehreinnahmen gegen das letzte
Friedensjahr zur Leistung des Schuldendienstes, zur Ver-
sorgung der Kriegspoppe und zur Ueberführung der Volks-
und Staatswirtschaft in den Friedenszustand aufzubringen. Bis-
her wurden beschlossen: im Jahre 1916 650 Millionen, im Jahre
1917 1200 Millionen, im Jahre 1918 4200 Millionen Mark neue
dauernde Steuern. Das Mißverhältnis bringt in die
Augen, und wäre es nach dem Wunsche des Reichsschatzamtes
gegangen, so hätte sich das Reich ausschließlich mit Steuern auf
die Getränke, den Tabak, den Personen-, Güter- und Postver-
kehr und den Warenumsatz begnügen müssen.

Das Interesse der Arbeiterklasse an der Ge-
staltung der Reichsfinanzen wird noch immer viel zu gering
gesehen und nur auf die Verteilung der steuerlichen Lasten be-
zogen. Es ist aber in Wahrheit dreifacher Natur: Die Arbeiter-
klasse muß verlangen, daß der größte Teil der Kriegskosten schon
während des Krieges durch möglichst langfristige Renten
aufgebracht wird und daß mindestens die verbleibende schwebende
Schuld durch eine große Verzinzung abgehabt nach dem
Kriege abgehört wird, damit die Belastung des Geldmarktes
nach dem Kriege durch Reich, Staaten und Gemeinden zugunsten
von Handel und Industrie möglichst eingeschränkt wird und
damit die Reichsbank durch Wiederaufnahme der Verzinsungen
in absehbarer Zeit zur vollkommenen Wiederherstellung der
Währung schreiten kann. Die Arbeiterklasse muß ferner fordern,
daß mindestens der tatsächliche Fehlbetrag im
Staatshaushalte durch Steuern gedeckt wird, um die
Kreditwürdigkeit des Reiches zu erhöhen und damit die Be-
dingungen einer später etwaigen aufzunehmenden großen
Auslandsanleihe zu verbessern. Und endlich muß die Arbeiter-

Klasse eine sozial gerechte Steuerverteilung verlangen, die die tragfähigsten Volkskreise am stärksten belastet. Diese Forderungen decken sich mit den Prinzipien einer gesunden Finanzwirtschaft. Ein Staatsmann, der nicht nur vom Augenblick lebt, wird auf die Mitarbeit der Arbeiterschaft unter diesen Bedingungen den größten Wert legen, schon um zu vermeiden, daß künftige Wahlen statt von großen politischen Gesichtspunkten beherrscht zu sein, mit dem Ziele ausgefochten werden, für sozial ungerechte Steuern Nebensache zu nehmen.

Leider entspricht auch das diesmalige Ergebnis der steuerlichen Gesetzgebung des Reichstages diesen Anforderungen nur in lächerlich geringem Maße. Es wurden Milliarden Steuern auf Verbrauch und Verkehr beschlossen, obwohl aus einer angebauten Erbschaftsteuer ungeheure Summen herauszuholen und der parasitäre Vermögensgenuss einzuschränken wäre. Zwar wurde eine Steuer auf die großen Vermögen und auf die Einkommensvermehrungen jetzt vom Reichstag beschlossen, aber die großen ständigen Einkommen sind nach wie vor steuerfrei gelassen. Der Widerstand der bundesstaatlichen Finanzminister war nicht zu überwinden, welche den Damm fest auf die Klasse halten, obwohl die Bundesstaaten ihre Existenz und die Sicherung ihres Wohlstandes ausschließlich dem Schutze des Reiches verdanken. Sie wollen im besten Falle später aus den Erträgen ihrer direkten Steuern dem Reiche einen Anteil abtreten, aber einmal ist die Rolle des Reichtümers für das Reich unwürdig und dann schließlich eine solche Politik für die wirtschaftlich weniger entwickelten Bundesstaaten die Gefahr einer übermäßigen Belastung ein, wenn die Hilfe wirklich ausgiebig sein soll. Schließlich ist darauf zu verweisen, daß die Bundesstaaten an und für sich zu einer Vereinheitlichung ihrer Gesetzgebung über die direkten Steuern kommen müssen, weil die Steuern künftig einer der wichtigsten Kalkulationsfaktoren sein werden, und die bestehenden merkwürdigen Unterschiede der Grundausstattung des Deutschen Reiches als eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes widersprechen. Diese Vereinheitlichung wird am besten durch eine neue einverständliche Verteilung der Steuerrechte zwischen Reich, Staaten und Gemeinden durchgeführt.

Die steuerliche Gesetzgebung des Reichstages ist, da die Vorlagen viel zu spät eingebracht wurden, in wilder Eile erfolgt. Vorlagen, die in früheren Jahren die gewissenhafteste Prüfung verlangt hätten, wurden in wenigen Stunden oder bestenfalls Tagen abgehandelt. Die Kriegswirtschaft mag solche Belastungen zur Not ertragen; aber der leichte Übergang in die Friedenswirtschaft wird durch eine so mechanische Gesetzgebung bedenklich erschwert. Der Wunsch, daß die Steuern zum Zwecke ihrer besseren Durchberatung an möglichst viele Ausschüsse verwiesen werden, ist sachlich durchaus gerechtfertigt. In Wirklichkeit steht ihm aber ein gewichtiges Hindernis entgegen. Anfolge des Widerstandes der bundesstaatlichen Finanzminister gegen einen Eingriff in ihre Rechte hat sich eine regelrechte Kompensationspolitik entwickelt, die im Ausmaß von direkten Steuern gegen indirekte Steuern besteht. Sie würde wesentlich erschwert, wenn die Steuervorlagen in einer Freiheit von Ausschüssen durchgearbeitet würden, die ohne inneren Zusammenhang miteinander stehen. Auch in dieser Reichstagsperiode war dieser Mißstand empfindlich genug und wurde nur dadurch überwunden, daß sich die bekannten Wehrheitsparteien in lausigen privaten Verhandlungen auf eine gemeinsame Mindestforderung an direkten Steuern einigten.

Eine Rede des Grafen Czernin.

Der frühere Minister des Auswärtigen für Oesterreich-Ungarn, Graf Czernin, hat am letzten Donnerstag im österreichischen Herrenhaus eine Rede gehalten, die große Beachtung findet, weil sie gewisse frange Stellen der österreichischen Politik aufdeckt. Graf Czernin wies auf den Widerspruch zwischen der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns hin, die „Gott sei Dank“ den deutschen Kurs steuere und der inneren Politik, die ein planloses Verunlabieren sei. Auch die innere Politik müsse sich auf eine Wechheit stützen, die ihrem Wesen nach deutsch sei, und nur die Ausschließung Galiziens könne einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeuten. Graf Czernin nähert sich damit dem alten deutsch-radikalen Schönerer-Programm, welches das Ausschließen Galiziens und Dalmatiens zwecks Herstellung einer deutschen Mehrheit forderte.

Der Redner wandte sich scharf gegen die Richtung, die „Los von Deutschland“ predige, Oesterreich-Ungarn könne in diesem Kriege nicht neutral werden, es bedäme Frieden mit der Entente nicht ohne die Bedingung, keine deutschen Truppen und keine Kohlenstoffe für Deutschland mehr durch sein Land zu lassen. Das bedeute den Konflikt mit Deutschland. „Gemeinheiten und in der Weltgeschichte genug dagesprochen, aber wenn sie nebenbei lässig sind, dann...“ Hier unterbrach Graf Czernin seinen Satz unter Heiterkeit und Zustimmung. Graf Czernin fuhr fort: „Unsere innere Politik hat auch das Bündnisverhältnis geschädigt. Wie soll man einem österreichischen Minister des Auswärtigen beispielweise in Berlin Klauen schenken, daß dieses Oesterreich ein dauernder und treuer Freund Deutschlands sein wird, wenn man

die tschechische und südslawische Bewegung steht, wenn man den hagerchwängerten Angriff der Slawen gegen alles, was deutsch ist, liebt und daneben eine österreichische Regierung thronen, die all diese Vorgänge mit der gleichen väterlichen und unparteiischen Liebe umschaut. Eine innere Politik, die sich nicht auf den gleichen Kurs wie die äußere bewegt, schädigt auch unseren europäischen Einfluß auf die Erreichung des Weltfriedens. Der Krieg ist in letzter Instanz ein Duell zwischen Deutschland und England. In dem Augenblick, wo Deutschland und England sich verständigen, ist der Weltkrieg zu Ende, trotz der französischen und italienischen Eroberungsutopien. Wir haben keine direkten Beziehungen mit Oesterreich.

Auf diese Weise sei Oesterreich zum Vermittler prädestiniert, wenn es in Berlin rückhaltlos Vertrauen bestimme. Ueber die deutschen Kriegsziele sagte der Redner:

Ich hoffe von ganzem Herzen, daß der Minister des Auswärtigen

kennt, daß sie noch viel vor rein defensiver Natur sind und daß der Charakter des Verteidigungskrieges unversehrt aufrechterhalten gelassen ist. Niemals würden es die Völker Oesterreichs versprechen, daß wir diesen schrecklichen Krieg für Eroberungswünsche eines fremden Staates verlängern sollten. Die Summierung allein wäre imstande, das Bündnis zu gefährden. Ich habe mit großer Befriedigung die letzten Aufschüsse des Reichskanzlers betreffend Belgien vernommen, und ich glaube sicher hoffen zu können, daß der abgeklärte Geist des hervorragenden Staatsmannes die Bürgschaft dafür auch in Deutschland bietet, daß der Krieg in dem Augenblick sein Ende erreicht haben wird, wo der Feind auf seine utopischen Eroberungsabsichten verzichtet haben wird.

Sowohl der Reichskanzler als auch Lloyd George und unser Minister des Auswärtigen sind nach ihren Erklärungen geneigt, Vor-

schläge zu prüfen, aber keiner will sie machen. Aus diesem Dilemma wäre doch ein Ausweg zu finden, wenn jede der beiden Mächtegruppen ihre Friedensvorschlüsse schriftlich einer neutralen Macht übermitteln würde, die sich durch Vergleich der beiderseitigen Friedensvorschlüsse ein Bild machen könnte, ob eine Einigung möglich sei oder nicht. Wenn nur die geringste Aussicht auf eine Verständigung vorhanden ist, sollte der Versuch unternommen werden. Ob der Moment jetzt dafür gekommen ist oder nicht, kann man wohl nur an kompetenter Stelle beurteilen.

Bezüglich der austro-polnischen Lösung

sagte Graf Czernin, er glaube nicht mehr an diese. Die Vorbedingungen seien zwischen Wien und Berlin herzustellen, die Polen müßten noch viel Wasser in ihren Wein schütten und würden nie die Grenzen bekommen, von denen sie träumen. Er persönlich halte die austro-polnische Lösung noch immer für die beste. (Vorwärts hervorhebt, daß die Schwierigkeiten in der Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen Wien und Berlin liegen.)

In Besprechung des Reiches wies Redner den Vorwurf zurück, daß er durch Abschluß des Friedens sich in Widerspruch gesetzt hätte mit dem, was er in der Theorie verkündet habe. Der Anschluß der westlichen russischen Provinzen an Deutschland geschah, führte Graf Czernin aus, auf den direkten Wunsch und auf das direkte Verlangen von Aurland und Litauen und nicht gegen ihren Willen. Die russische Anarchie hat die Handproben in die Arme Deutschlands getrieben und niemand anders. Die russische Regierung hat das freie Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Völker proklamiert. Die Provinzen gegen die etwas schwerer aber schwebende deutsche Faust der russischen Anarchie vor, und Deutschland selbst wünschte den Anschluß. Wie hätte ich mich dazwischen stellen sollen und erklären, ich könne den Anschluß nicht zugeben? Das war ein Ding der Unmöglichkeit.

Die großen deutschen Siege, die märchenhaften Erfolge der deutschen Armee wären nicht eingetreten, wenn der West-Europäer Friede es nicht ermöglicht hätte, die Truppen an die Westfront hinzuzuleiten. Wenn die Herren, die den Friedensschluß in Drest tadeln, müßten, welche Anstrengungen die Entente gemacht hat, ihn zu verhindern, dann würden sie vielleicht milder über unsere Tätigkeit denken. Und der schreckliche Gesandtenmord an dem Grafen Mirbach? Ist er nicht ein neuer Beweis dafür, welche Anstrengungen die Entente macht, um den Frieden im Osten wieder durch den Kriegszustand zu erziehen? Eine unmittelbare Folge des Reiches war der rumänische Frieden. Auch der rumänische Frieden war ein Verständigungsfrieden, und der beste Beweis dafür ist, daß Rumänien am lautesten dagegen protestieren würde, wenn dieser Frieden annulliert werden sollte, und es Beharrlichkeiten wieder herausgeben müßte.

Die Rede des Grafen Czernin weist mit schmerzhafter Deutlichkeit darauf hin, daß die Slawen Oesterreichs erbitterte Feinde des Bündnisses mit Deutschland sind. Die Frage bleibt offen, ob diese Feindschaft durch eine deutsch-nationale Wünderheitsregierung unwirksam gemacht oder durch den Beweis entkräftet werden soll, daß auch in einem Deutschland eng verbundenen Oesterreich freier Raum für die Entwicklung der slawischen Nationen gegeben sei. Graf Czernin weist offensichtlich zu der ersten der beiden Lösungen hin, wonit freilich noch nicht bewiesen ist, daß sie möglich und auf die Dauer heilsam ist.

Die Salzburger Verhandlungen.

Subapost, 18. Juli. Im Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Bekerle in Antwortung der Interpellation Barza betreffend die Salzburger Verhandlungen, daß in Salzburg bloß Vorbereitungen stattfinden. Die inwischen in Deutschland vollzogenen Veränderungen haben die Vereinbarungen der leitenden Staatsmänner bezüglich der Grundprinzipien einigermaßen hinausgeschoben, so daß jetzt in Salzburg auch in dieser Richtung Verhandlungen gepflogen werden. Eigentlich beziehen sich die Salzburger Verhandlungen jedoch hauptsächlich auf Tarif- und Zollschonfragen. Es handelt sich vorläufig bloß um Beratungen der Referenten, die jedoch nicht als endgültige Abmachungen betrachtet werden können, denn sie werden erst Geltung erlangen, wenn sie von den betreffenden Regierungen genehmigt werden. Der Ministerpräsident versicherte, daß die Gesetzgebung weder in betreff der Beziehungen zu Oesterreich noch zu Deutschland vor eine vollendete Tatsache gestellt werden wird.

Im Herrenhaus erklärte Handelsminister Wieser: „Wir müssen unsere Selbständigkeit wahren. Innerhalb dieser Grenzen wollen wir soweit gehen, als möglich ist.“

Das österreichische Budgetprovisorium.

Wien, 19. Juli. Im Abgeordnetenhaus sagte Petruszewicz (Ukrainer), es handle sich nicht um eine Regierungskrise, sondern um eine Staatskrise. Wenn Seidler gehe, würden die Ukrainer in die Lage gedrängt, die neue Regierung mit verschärften Mitteln zu bekämpfen. Seit jeder sei es das Prinzip der Polen, die Regierung zu stützen, die den Ukrainern freundlich gesinnt wäre. Die Ukrainer haben festes Vertrauen in den guten Willen des Deutschen Reiches, einen selbständigen ukrainischen Staat anzubahnen.

Wien, 19. Juli. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung des Budgetprovisoriums und verwies dieses an den Budgetausschuß. Im Laufe der Debatte appellierte der Pole Jan Worsky an die deutschen Parteien, die Polen nicht in Opposition zu treiben und dadurch der Entente den Triumph der Verweigerung der Kriegskredite zu bereiten. Er drückte die Überzeugung aus, daß die österreichisch-polnische Lösung für Oesterreich der einzige Weg sei, wenn es seine Großmachtpolitik nicht verlieren wolle. Graf Burian, der sich zum austro-polnischen Programm bekennt, diene dadurch den Interessen der Monarchie und der Dynastie am besten.

Die Zwangsmonarchie für Finnland.

Die Regierung droht mit Rücktritt.

Stockholm, 19. Juli. Die finnische Regierung hat einer Abordnung des Landtags mitgeteilt, daß sie abgehen werde, wenn die monarchische Regierungsform nicht durchgeführt werden könne. Die Regierung sei nämlich der Ansicht, daß allein durch Einführung der Monarchie die Selbständigkeit des Landes verbürgt werden könne und müsse daher bei abschlägiger Entscheidung des Landtags die Verantwortung ablehnen.

Der Prozeß Malvy.

Paris, 18. Juli. Nach einer Sabotage-Meldung hielt heute der Staatsanwalt vor dem Obersten Gerichtshof eine heftige Anklagerede, die zu dem Schluß kam, daß die Mittschuld Malvys an dem Verrat, der die Existenz des Landes bedroht habe, unzweifelhaft sei. Malvy habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht, das bei Zubilligung mildernder Umstände mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Internierung in einer Festung be-

droht sei. Er, der Staatsanwalt, sei überzeugt, daß der Gerichtshof den Angeklagten schuldig sprechen werde.

Beres berichtete sodann über die Handhabung der Polizei im Landesinnern während Malvys Amtsperiode. Er bedauerte vor allem, daß Malvy zu Kriegsbeginn 2500 der Mobilmachungssabotage verdächtige Arbeiter und Arbeiterführer nicht verhaften ließ. Gewiß solle man gegen die Arbeiter keine Verhaftungspolitik durchführen, aber diese Rädelsführer, deren Sabotagepläne der Regierung am ersten Mobilmachungstage bekannt waren, hätten mit der Arbeiterschaft nichts gemein. Ganz besonders scharf äußerte sich sodann der Berichtserstatter über die Tätigkeit der Polizei, besonders des berichtigten zweiten Bureaus in Sachen von Spionageaffären und verschiedenen Skandalaffären. Der Bericht enthält sehr tendenziöse Ausführungen, die vor allem Gailaug belasten

sollen, sie werden zwar als Anklagegrund gegen Malvy vorgebracht, sind aber offensichtlich zur Stimmungsmache gegen Gailaug bestimmt.

Nach L'opener Blättern hob Senator Beres hervor, daß die Frontrevolten im Frühjahr 1917

nicht auf pazifistische Propaganda zurückzuführen waren. Unter lebhaftem Widerspruch einiger Senatoren, die Ausschluß der Zensur verlangten, welchem Ansuchen Dubost nicht nachgeben konnte, da es reglementwidrig sei, erklärte Beres, es seien 75 Infanterieregimenter und 23 Jägerbataillone von der Bewegung ergriffen gewesen. Die meisten Regimenter waren vollkommen desorganisiert, verweigerten in diesen Fällen den Gehorsam, saugen beim Defilieren die Internationale und waren für die Front vollkommen unbenutzbar. Das Große Hauptquartier habe erklärt, daß die Ursachen der Bewegung, die sich gegen die Regierung richtete, in der pazifistischen Propaganda durch Flugblätter, die in ganz Frankreich verteilt wurden, durch Pählungnahme mit den russischen Truppen, durch Lobartikel der Presse auf die russische Revolution und auf Zunahme der Trunksucht in der französischen Armee zurückzuführen waren. Die Bewegung sei vom Landesinnern ausgegangen. Der damalige Generalissimus Pelain habe verlangt, daß man die Verteilung von Flugblättern verhindere, Maßnahmen gegen mobilisierte Arbeiter sowie Offiziere oder Soldaten, die pazifistische Meinungen verbreiteten, ergreife und sie überwachend und unverzüglich die Unterdrückung der Bewegung anordne, die auf die ganze Front zwischen Verdun und Tisne übergreifen habe, ohne daß man eine einheitliche Leitung der Bewegungen entdecken konnte.

Die Verteidiger Malvys brachten den Mitgliedern des Gerichtshofes eine von Malvy in Erwiderung auf die Rede des Staatsanwalts verfaßte Denkschrift zur Kenntnis, in der Malvy nach Prüfung der Anklage auf Verfall sowie des gegen ihn angehängten politischen Prozesses die Beschuldigung zurückweist, pazifistische Propaganda geduldet zu haben, besonders bei Streiks und militärischen Meutereien. Am Schluß der Denkschrift legt Malvy seine Politik der heiligen Einigkeit dar und erklärt, er habe sich das Vertrauen der Arbeiter erworben, und wenn dieses herliche Einvernehmen mit einer ganzen Bevölkerungsklasse das Gebahren eines Aufrichters darstelle, so sei es Sache des Gerichtshofes, dies auszusprechen und dessen Eingedenk zu sein, daß, wenn er Mißschuldig an einem Vergehen gegen das Vaterland sei, er es mit allen denen sei, die wie er an der Veruhigung der fieberhaftesten Ungeduld und der phantastischen Aufregung gearbeitet hätten.

Volksabstimmung in Südkaukasien.

Große Mehrheit für Anschluß an die Türkei.

Konstantinopel, 18. Juli. Laut Soman sind bei der auf Grund des Friedensvertrages von Brest-Litowsk in den Bezirken Datum, Kars und Urduhan vorgenommenen Volksabstimmung 88 000 Stimmen für und bloß 2000 gegen die Angliederung an die Türkei abgegeben worden.

Veränderungen im britischen Ministerium.

Lord Cecil gibt das Blockadeministerium ab.

London, 19. Juli. (Meuter.) Der Parlamentsekretär des Munitionswesen Sir Warburton Evans ist zum Blockademinister, Lord Robert Cecil, der bisherige Blockademinister, zum beizugeordneten Sekretär für auswärtige Angelegenheiten, Generalmajor Seely zum Parlamentsekretär beim Munitionswesen ernannt worden, und wird als Stellvertreter des Munitionswesens fungieren. Major Walter Huxor ist zum Parlamentsekretär beim Lebensmittelministerium und zum Stellvertreter von Clynnes ernannt worden.

Es wird mitgeteilt, daß Balfour mit Rücksicht auf die vermehrte Arbeitslast im Kriege gewünscht habe, daß Cecil einen größeren Anteil an der Führung der auswärtigen Angelegenheiten übernehme. Deswegen sei Cecil als Blockademinister zurückgetreten.

Englands Ernährungsfrage. Der Lebensmittelkontrollleur Clynnes sagte in einer Ansprache in Wandsworth, daß England mit einem Stadium erreicht habe, wo die Weizenverteilung, auch wenn der Krieg noch erhebliche Zeit fortdauern sollte, gesichert sei.

Kamrenw, Petrograd, 18. Juli. (F. I. A.) Die Nachricht, daß Finnland den russischen Botschafter in Oesterreich, Genossen Kamrenw, befreit hätte, wird demontiert. Kamrenw befindet sich nach in finnischen Gefangnis in der Stadt Uleaborg.

Proteststreik englischer Lehrerinnen. Amsterdam, 18. Juli. Die „Allgemeine Handelsblad“ aus London erzählt, droht ein Proteststreik der Lehrerinnen, weil der Größtfortschritt sich geweigert hat, die Gehälter zu erhöhen. Ungefähr 12 000 Lehrerinnen sind an der Bewegung beteiligt und 1200 Schulen werden geschlossen werden müssen.

Der Odbfarer Arbeiterrat hat beschlossen, sich aufzulösen, da seine Tätigkeit unter den jetzigen Verhältnissen ergebnislos und seine Existenz daher zweifelhaft ist.

Letzte Nachrichten.

General Horvat und die Tschechoslowaken.

London, 18. Juli. (Meuter.) Ein Telegramm aus Gardin berichtet, daß die Regierung in Madischof Horvat als Sekretär und die Regierung Horvats als gegenrevolutionär angeklagt hat. Nur die Extremisten sind damit einverstanden, während die besseren Elemente die Beschuldigung als unbegründet ansehen. Die ziemlich unzufriedene Stellung, die anfänglich von den Tschechen gegenüber Horvat eingenommen wurde, ist größtenteils der Propaganda der Regierung von Madischof zuzuschreiben. In jedem Augenblick kann erwartet werden, daß zwischen Horvat und den Tschechen Einigkeit erreicht wird.

Schattenbilder.

Hausfrauen trägt die Kultur aufs Land.

Keine Cousine besitzt Kultur, das wird niemand bestreiten können, der sie kennt. Sie wußte es auch und war stolz darauf.

So war es vor dem Kriege und so blieb es auch in der ersten Zeit des Krieges, aber dann fanden die Eltern meiner Cousine, daß die Kultur ihrer Tochter ungemein viel Geld kostete.

Neulich sah ich sie wieder und war erstaunt über die teure Kleidung, die ich mir trotz meines langjährigen Berufes nicht leisten konnte.

„Ja,“ erklärte sie auf meine erstaunte Frage, „jeder Mensch muß das eben ausüben, was er kann, dann findet er schon seinen richtigen Beruf.“

„Was hast Du denn für einen Beruf?“ „Einen, der bequem ist und mich nicht allzusehr festsetzt. Ich gehe seit dem Frühjahr mit einer Freundin regelmäßig einmal in der Woche aufs Land und laufe dort auf, was wir kriegen können.“

„Du machst Geschäfte in Butter, Eier, Käse...“ mir blieb vor Erstaunen der Mund offen stehen, „ja, wer gibt Euch denn nur etwas?“

Verächtlich sah sie mich an. „Ich trage die Kultur aufs Land und keine Frau ist so dumm, daß sie nicht lernen möchte...“

Verführt.

Das vor kurzem war sie als Stütze nur in besseren Häusern tätig gewesen. Sie hatte schöne Zeugnisse, hatte aber ein noch schöneres Gesicht und eine feine ebenmäßige Gestalt.

Als ich sie kennen lernte, sah sie auf der Anklagebank des Gerichts und sollte sich wegen gederbämähiger Hehlerei verantworten.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von S. St. Reymont.

„Wo ist Herr Horn?“ „Der gnädige Herr haben ihn rausgeschmissen, da ist er halt gegangen.“

„Gut, und wo ist Herr Borowiecki?“ „Er war bloß einen Augenblick da und ging gleich wieder, wohl zum Essen, es ist schon nach zwölf, schon lange haben die Fabrikspfeifen zu Mittag gerufen.“

„Gut, stell' dich neben mich.“ Der Lafai suchte zusammen, kam aber dem Befehl nach.

„Zu Diensten!“ sagte er mit sehr demütiger Stimme. „Ich hab' dir befohlen, diesen Hund rauszuschmeißen, warum hast du nicht gehorcht, was?“

„Gnädiger Herr, er ist ja selbst rausgegangen.“ Er entschuldigte sich mit Tränen in den Augen.

„Schweig!“ schrie Buchholz und schlug ihn kräftig mit dem Stock übers Gesicht.

„Bleib stehen, komm näher!“ Und als der Lafai aus lauter Angst wieder nähergetreten war, hielt er ihn an der Hand fest und schlug mächtig zu.

August versuchte nicht einmal, sich loszureißen, wandte bloß das Gesicht ab, um die Tränen zu verbergen, die über die glattrasierten Wangen in Strömen herabfloßen.

Als Buchholz mit dem Schlagen aufhörte und tödlich ermüdet und stöhnend im Hauteuil lag, wickelte der Lafai ihm den Flanell um die Weine, der bei diesen heftigen Bewegungen herabgerutscht war.

Unterdessen hatte sich Borowiecki, der nicht Zeuge dieser Szene sein wollte, herausgeschlichen und war zum Mittagessen gefahren.

Er sah gewöhnlich in der sogenannten Kolonie in der Promenadenstraße.

Die Kolonie bestand aus einigen Frauen, Pollinnen, die das Gesicht aus verschiedenen Gegenden des Landes auf das Lodzer Pflaster verschlagen hatte.

Meist waren es solche, die im Leben Schiffbruch gelitten hatten: Witwen, gewesene Gutbesitzerinnen, gewesene Rentieren, gewesene Damen, alte Jungfern und junge Mädchen, die hier Arbeit finden wollten.

Die Armut hatte sie vereint und die Armut hatte die verschiedenen gesellschaftlichen Unterschiede ausgeglichen.

zwei Hebeln und gefälschten Papieren glänzend gelungen war, und nichts wäre herausgekommen, wenn er nicht durch seine Braut hätte 70 Mark für das Meter Stoff im Hausierhandel verlangen lassen.

Sie bekam eine erhebliche Gefängnisstrafe, er bekam vom Kriegsgericht noch viel mehr. Beim Hinausgehen fragte er Sie: „Du bist mir doch nicht böse und verzeihst mir den Streich?“

„Und sie antwortet: „Ich bleibe Dir treu und warte auf Dich!“

Kein Freund und der Zeitungsschreiber.

Neulich traf ich nach längerer Zeit meinen Freund von der gleichen Fakultät, aber von der gebundeneren Richtung, bei seinem Anblick blieb das übliche und so nichtsfolgende „Na, wie geht's?“ im Halse stecken.

„Ja, da schau!“ begann er ungemütlich und zwinkerte heissagend mit den Augen. „Aber mir brauchte er gar nichts mehr zu sagen, ich wollte gar nichts wissen, der Reid liegt heiß in mir auf und brachte so etwas wie Blut über sich.“

„Seit ich weiß,“ begann mein Freund, „daß meine Chest nicht mehr hungern, hungere ich auch nicht mehr.“

„Kein, viel weicher, viel zarter, viel leiser, viel heimlicher.“ „Sag mir,“ sagte er und begleitete dieses Gebälk mit einer leichten unruhigen Handbewegung.

„Ich starre mein Gegenüber an. Der aber lachte schon wieder und sagte: „Ich habe es ja stets gesagt, ein richtiger Zeitungsschreiber werden Sie mal nicht; Sie sind auch gar nicht ein bißchen feindlich, denn sonst müßten Sie schon wissen...“

„Das soll ich wissen!“ fuhr ich gereizt auf, „fahren Sie mit ihrer Wissenschaft zum Teufel. Ich sehe, Sie pflegen den Körper, bewahren sich vor dem Zusammenhang und verlängern Ihre Leben um einige Jahre, aber optern...“

„Galt,“ rief er da, „was wollen Sie, wenn das nicht mehr geht, geht was anderes, aber hungern will ich nicht mehr; wenn ich sehe, daß es andere auch nicht tun und ich es auch nicht brauche, wenn ich nicht will.“

„Aber die Ehre.“ warf ich erneut dazwischen. „Das ist das?“ lachte mir mein Gegenüber höhnisch ins Gesicht.

„Für dieses Gebot gibt es keine Erklärung mehr, ich habe davon nur so viel oder so wenig, als ich sehe, daß die vor mir haben, die mich bezahlen. Wissen Sie, der Kurs dieses schönen, leuchtenden Dinges steigt und fällt bei mir jetzt mit meinem Hunger!“

Da kam seine Elektrizität. Er nickte mir nochmals zu: „Ich gehe Ihnen dieweil das schöne glühende Ding in Verwahrung, halten Sie's hart und hungern Sie weiter, Sie Dummkopf, Sie,“ sprach und fuhr davon.

Von Friedrichshagen nach Rahnsdorf.

Vom Bahnhof Friedrichshagen gehen wir am Süd durch die Friedrichstraße zur Brauerei Friedrichshagen. Alsdann durch die Seestraße nach Osten zu den umfangreichen Wäldern der Berliner Wasserwerke.

Wenn wir an dem sich an das Institut anschließenden, umzäunten Gelände des Versuchstrupps der Reichsversuchsanstalt vorüber sind, wenden wir rechts ab durch den Wald an das Ufer des Müggelsees. Vom gegenüberliegenden Ufer grühen uns die Müggelsee. Der Müggelsee oder die Müggel hat ihren Namen vom slawischen mögl = Nebel. Er ist einer der umfangreichsten Seen unserer Mark.

Zwischen der Wasserfläche und dem mehrere Meter hohen, ziemlich steil ansteigenden Ufer liegt ein flacher Sandstrand. Er ist fast ohne Pflanzenschutz, nur eine spärliche Grasnarbe gedeiht hier.

Das Schilfer der Müggel zeigt dagegen einen breiten Verlandungsgürtel, eine sich weit in den See erstreckende Schilfbänke. Das Fehlen des Pflanzenschutzes auf dem Nordufer wird durch das Eis verursacht, das fast in jedem Winter die Müggel bedeckt.

Tritt im Frühjahr Tauwetter ein, dann werden die großen Eisschollen weit auf das Ufer hinausgetrieben. Sie wühlen den Sanduntergrund

Sie bewohnen an der Promenadenstraße eine ganze Etage, die hotelmäßig eingerichtet war.

„Karl und Moritz sehen dort zu Mittag zusammen mit einigen Kollegen.“ Heute kam Borowiecki etwas später, der große runde Tisch war schon besetzt.

„Man ah' rasch und schweigend, keiner hatte Zeit zum Plaudern, alle erhoben jeden Augenblick die Köpfe und horchten, ob die Pfeifen sie nicht schon riefen.“

Karl schüttelte schweigend ein paar Hände, nickte den weiter ab Sitzenden mit dem Kopfe zu und begann zu essen.

„War Horn noch nicht da?“ fragte jemand über den Tisch herüber.

„Er verspätet sich heute etwas.“ „Er kommt erst abends,“ berichtete ein junges Mädchen mit kurzgeschnittenem Haar, das sie sich fortwährend aus der Stirn schob.

„Warum, Kama?“ „Er wollte heute Buchholz einen Krach machen und ihn fündigen.“

„Hat er es Ihnen gesagt, Kama?“ fragte Karl lebhaft. „Es war sein Plan.“

„Er tut nie etwas ohne Plan, wie ich sehe — die personifizierte Methode.“

„Ein hitziger Deutscher!“ meinte Sierpinski, „ich habe ihn mal gesehen, wie er bei uns im Kontor sich mit Müller raufte.“

„Und ich habe ihn soeben in einer ähnlichen Situation bei Buchholz verlassen.“

„Was ist denn passiert, Herr Karl?“ fragte Kama lebhaft, lief zu Borowiecki, vergrub ihre kleine, noch fast kindliche Hand in sein Haar und rief mit verzerrter Stimme, seinen Kopf schüttelnd: „Tantchen, Herr Karl soll es sagen!“

Die Köpfe hoben sich von den Tellern. „In meiner Gegenwart ist noch nichts passiert, was nachher, — weiß ich nicht. Es ging scharf zu. Mit aller Verächtlichkeit versuchte Horn, Buchholz zu überzeugen, er sei ein Dieb und ein Lump!“

„Ha, ha, bravo! Horn, ein tüchtiger Junge.“ „Abliches Blut, Verehrtester, so oder so, einmal kommt's immer zum Vorhinein,“ brummte Sierpinski besriedigt und wischte sich seinen mächtigen, geschwärtzten Schnurrbart ab.

„Nicht so sehr ist es Lügnerheit bei Horn, als einfach sinnlose Handbewegung,“ sagte Karl unwillig.

„Wir verbieten, so von Horn zu sprechen,“ riefen die Frauen, als Kama blinzelnd, die Karl losgelassen hatte, plötzlich von ihm weggetreten war und ganz rot, mit glühenden Augen ihn ärgerlich maß.

stief auf und schoben vor sich den Sand her. Nach dem Abtauen des Eises bleiben diese Schuttwälle, die häufig langgestreckt und mehr oder weniger bogenförmig sind, auf dem Grunde liegen. Sie haben große Ähnlichkeit mit den Erdmoränen der Gletscher und des Inlandeises, das zur Eiszeit unsere Gegend bedeckte und als dessen Reste auch die Müggelberge anzusehen sind.

In einer Holzablage vorbei kommen wir zum Freibad Müggelsee. Wir wandern jetzt auf der Chaussee weiter. Rechts liegt das Forsthaus Müggelsee. Wir erreichen Rahnsdorfer Mühle, eine freundliche Landhausstiedlung. Die alte Mühle sieht auch noch leise freundlich und rauhst das Rahnsdorfer Mühlenfließ über das Wehr. Ein seltsam stilles, beschauliches Bild, das uns die Mühlenpoesie unserer alten Völkervererben erleben läßt.

Südlich der Rahnsdorfer Mühle liegt Rahnsdorf, am Einfluß der Spree in den Müggelsee. Sein hochragender Kirchturm dient den Schiffen als Fahrzeichen, das sie ankern müssen, um die rechte Fahrstraße über die Müggel zu halten. Rahnsdorf ist ein Rundort oder Rundling. Die Gehöfte liegen um einen rundenanger herum und lassen nur einen Zugangsweg offen. Eine derartige Dorfanlage, die die älteste Form in der Mark ist, finden wir überall da, wo sich Landerhöfen halbinsular in sumpfigen Niederungen erheben, die in früheren Zeiten fast ausnahmslos mit schwer durchdringlichen Bruchwäldern bestanden waren. Des Nachts und in Zeiten der Gefahr wurde das Vieh auf dem Anger zusammengetrieben und der einzige Zugang zum Dorf versperrt. So konnte ein solches Dorf verhältnismäßig leicht gegen feindliche Überfälle verteidigt werden.

Auf der Westseite des Rahnsdorfer Mühlenfließes zieht sich ein schmaler Fingert gen Nord hin. Dem Namen, munter erkundend nach manchen wir entgegen. Eine schöne Waldlandschaft zeigt uns die Talniederung. Der Fußpfad bringt uns bis zur Wehr, etwas östlich vom Bahnhof Rahnsdorf. Von hier fahren wir zurück nach Berlin.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wird Sonntag nachmittags 3 Uhr zu vollständigen Preisen Verdis Oper „Violetta“ aufgeführt.

— „Der Kriegsgewinnler“. Das Herrnsfeldtheater variiert im Palais-Theater am Zoo mit einem neuen Schwan auf, der sich wahrscheinlich einige Zeit auf dem Spielplan halten wird. Zwar ist die „Dee“ sehr mager, aber eine Situationskomik ist die andere ad. Herrnsfeld und Grander haben sich mit Erfolg die Rollen auf den Leib gepaßt — Seele, was willst du noch mehr? Allerdings, der läche Schluß verblüfft, wenn man aber bedenkt, wie sehr die Aufzählung in das bekannte allgemeine Wohlgefallen abgewirtschaftet hat, gibt man sich gern damit zufrieden.

— „Das deutsche Kind“ wird sich ein neues Museum nennen, das in einer mitteldeutschen Stadt, wahrscheinlich in Braunschweig, gegründet werden soll. Es soll all die Dinge erörtern (s. Z. in einer Zeitschrift) und veranschaulichen, die mit diesem umfassenden Problem verbunden sind. Ein besonderer Verband ist für das Museum in Aussicht genommen.

— Das Alter des Industriearbeiters. Eine in diesen Zeiten des preussischen Wahlrechtskampfes und der Zulassung zum recht beachtenswerten Feststellung hat das Reichsstatistische Amt vor einiger Zeit gemacht. Unter den Arbeitern von 15 Industriegruppen stellte es fest, daß der Gesamt Durchschnitt aller dieser Gruppen für die Altersklassen bis zu 30 Jahren 47,8 Proz. ausmache, während in den höheren Altersklassen 52 Proz. der Arbeiter zu finden sind. Auf den ersten Blick erscheint diese Statistik für die älteren Arbeiter recht günstig, da indessen das Jahrzehnt von dreißig bis vierzig Jahren die höchste Prozentzahl ausweist, bleiben für die Altersklassen von 41 bis 60 Jahren nur 27 Proz. übrig. Das ist mit anderen Worten nur ein hartes Viertel der Industriearbeiter, das über das vierzigste Jahr im Berufsleben hinauskommt.

— Die Wiedereröffnung der Universität Dorpat im bevorstehenden Wintersemester ist gesichert. Die Vorlesungen werden am 16. September beginnen. Der Lehrbetrieb wird an sämtlichen 5 Fakultäten aufgenommen. Zur Lehrernahme von Lehrentzügen haben sich 21 Dorpater Dozenten bereit erklärt, während noch 22 Lehrstühle aus den Reihen der reichsdeutschen Universitätslehrer besetzt werden müssen.

„Ich nehme nicht zurück, was ich gesagt habe, und werde es auch weiterhin behaupten. Die Stelle hat er aufgeben wollen — er hätte's tun können; mit Buchholz kann man sich viel leichter verständigen, wie mit anderen, weil Buchholz vernünftig ist. Wozu aber gleich so einen Krach schlagen? Doch wohl nur, um sich zu brüsten, damit alle in Lodz von ihm sprechen. Ja, kleine Jungens werden seine Kühnheit und seinen Mut bewundern. Ein großer Held — einen franken Mann zu beschimpfen. Das wird ihm Buchholz nie verzeihen, er wird sich an ihm bis zu seinem Tode rächen, er hat ein gutes Gedächtnis.“

„D, dann wird's ja nicht lange dauern, er soll ja sehr krank sein,“ rief Kama erregt.

„Kama, was redest du da?“ „Nebst, einen Schmarren kann er ihm antun. Horn wird nach Warschau fahren, nach Hause, und Buchholz ausladen. Nicht wahr, Tantchen?“

„Buchholz hat lange Arme, er wird ihn auch in Warschau erreichen. Er wird schon ein Mittel auffindig machen, um die Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken, er wird es so machen wie Müller mit Obremski, und Horn kann sich einen tüchtigen Schnupfen holen. Zeit wird er ja haben.“

„Irgendwo ganz nahe erlödete entseßlich schrill eine Fabrikpfeife.“

„Arzejtowski, deine Nachtigall laßt dich.“ Einer lachte. „Stumm soll sie werden,“ meinte ein hoher, magerer, blonder Mann mit einer Brille auf der Nase. Er erhob sich und ging rasch hinaus.

„Ging es wirklich so scharf zu, Herr Karl?“ fragte Frau Stephanie, sich zu ihm sehend. Heute war sie wieder so ganz in lila Farben, wie Sonnabend im Theater.

„Mehr als scharf. Horn hätte sich beinahe auf Buchholz geworfen.“

„Ein jeder Junge, Verehrteste, er hätte ihn nur am Haar packen und von beiden Seiten verdröckeln sollen.“

„Herr Sierpinski, er hatte es nicht mit einem Aderknecht zu tun.“

„Ja, was denn, bekanntlich behandelt Buchholz alle wie Hunde, Verehrteste. Verflucht noch eins!“ er hielt sich heftig den Mund zu. „Verzeihung, Verehrteste, hab' mich vergessen, da brüllt ja schon mein Vieh nach mir.“ sprach er rasch und küßte eiligst allen Damen die Hände. Ein voller, heulender Pfiff drang durch die Scheiben und rief ihn zur Arbeit.

Und so sprangen alle der Reihe nach rasch vom Tisch auf, ließen das Essen stehen, nickten mit den Köpfen, ließen hinaus, auf der Treppe die Mäntel anziehend, und eilten in die Fabriken.

(Forti. folgt.)

Die Verfassung der Sowjet-Republik.

Nachdem wir gestern Larins Bericht über die volkswirtschaftliche Tätigkeit der Sowjetregierung wiedergegeben, veröffentlichten wir, zunächst kommentarlos, den Wortlaut der russischen Verfassungsbestimmungen. Unsere Leser gewinnen mit diesen geschichtlichen Dokumenten die Grundlagen zur eigenen Beurteilung der Diskussion über die Tätigkeit der Sowjetregierung, die sich in diesem Blatt entsponnen hat.

Allgemeine Bestimmung über die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

Die für die jetzige Uebergangszeit berechnete Grundaufgabe der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik besteht in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des armen Bauerntums zum Zwecke der vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie, der Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder eine Einteilung in Klassen, noch eine Staatsmacht geben wird.

1. Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung Russlands, die in Stadt- und Dorfsowjets vereinigt sind.
2. Die Sowjets derjenigen Provinzen, die nach ihrem nationalen Bestande und nach ihren Volksstammen zusammengehören, werden in autonome Provinzialverbände vereinigt, an deren Spitze die Provinzialkongresse der Sowjets und deren Vollzugsorgane stehen.
3. Die Provinzialkongresse schließen sich auf föderativer Grundlage zusammen zur Russischen Sozialistischen Republik, an deren Spitze der Allrussische Kongress der Sowjets und — in der Zeit zwischen den Kongressen — das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee stehen.

Die russischen Sowjets.

Erstes Kapitel.

Vom Wahlrecht.

I. Das Recht, in die Sowjets der Deputierten zu wählen und gewählt zu werden, haben folgende Bürger der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik beiderlei Geschlechts, die am Tage der Wahl das achtzehnte Lebensjahr erreicht haben:

1. Alle, die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben und Mitglieder der Gewerkschaftsverbände sind, wie:

- a) Arbeiter und Angestellte aller Art, die in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft beschäftigt werden;
- b) Bauern und Kosaken, die Land besitzen und keine Tagelöhner beschäftigen;
- c) Angestellte der Sowjetinstitutionen;
- d) Soldaten der Sowjetarmee und -flotte;
- e) Bürger, die zu den in Punkt 1 und 2 des Paragraphen I aufgeführten Kategorien gehören und ihre Arbeitsfähigkeit teilweise oder ganz verloren haben.

II. Nicht wählen und nicht gewählt werden dürfen, selbst wenn sie zu einer der obengenannten Kategorien gehören:

1. Personen, die andere anstellen, um einen Vorteil daraus zu gewinnen;
2. Personen, die arbeitsloses Einkommen haben, wie z. B. Prokureur vom Kapital, Einnahmen vom Vermögen usw.;
3. Privathändler, Handelsvermittler;
4. Diener der religiösen Kulte;
5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmenkorps und der politischen Abteilung, ebenso die Mitglieder des russischen Jarenhauses;
6. Personen, die auf gesetzlichem Wege als geisteskrank oder unfähig erklärt sind, ebenso Taubstumme;
7. Personen, die wegen eigennütziger und ehrloser Vergehen beurteilt worden sind.

Zweites Kapitel.

1. In Ansiedlungen (Dörfern, Kosakendörfern (Staniza), kleinen Ortschaften, Farmen (Chutor), Gehöften (Aul) usw.) werden die Deputiertenkongresse so gewählt, daß auf 100 Mann der Bevölkerung ein Deputierter kommt, jedoch dürfen nicht weniger als drei und nicht mehr als 50 Deputierte auf eine Ansiedlung kommen.

Anmerkung: In denjenigen Ortschaften, in denen es durchzuführen ist, werden die Verwaltungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler der Ortschaft entschieden.

2. Zur Ausführung der laufenden Arbeit wählen die Sowjets aus ihrer Mitte ein Vollzugsorgan, das aus nicht mehr als fünf Mitgliedern besteht.

3. Die Wahl der Sowjetmitglieder gilt für 3 Monate.

4. Der Dorfsowjet wird durch das Vollzugsorgan, mindestens zweimal im Monat einberufen.

5. Eine außerordentliche Versammlung des Sowjets beruft das Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens 1/4 der Sowjetmitglieder ein.

6. Das Vollzugsorgan der Sowjets ist dem Sowjet voll und ganz verantwortlich.

7. In den Grenzen seines Ressorts ist der Sowjet die oberste Gewalt in seiner Ortschaft.

Anmerkung: Wo Verwaltungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler entschieden werden, stellt diese Versammlung die oberste Instanz dar.

Drittes Kapitel.

1. Der Bezirkskongress der Sowjets besteht aus Delegierten aller Dorfsowjets des betreffenden Bezirks, und zwar so, daß auf 10 Sowjetmitglieder ein Delegierter kommt.

Anmerkung: Sowjets, die weniger als 10 Mitglieder zählen, entsenden zum Bezirkskongress je einen Vertreter.

2. Der Bezirkskongress wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal im Monat einberufen.

3. Die außerordentlichen Bezirkskongresse der Sowjets werden vom Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens 1/4 der Mitglieder der Bezirkskongresse einberufen.

4. Der Bezirkskongress der Deputierten wählt ein Vollzugsorgan von nicht mehr als 10 Mitgliedern.

5. Das Vollzugsorgan des Bezirkskongresses ist dem Kongress voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Bezirkskongress die oberste Gewalt im Bezirk.

In der Zeit zwischen den Kongressen ist das Vollzugsorgan die oberste Instanz.

Viertes Kapitel.

Von den Stadtsowjets der Deputierten.

1. In Städten werden Deputiertenkongresse so einberufen, daß auf 1000 Köpfe der Bevölkerung je ein Depu-

tierteter kommt; jedoch darf die Zahl der Deputierten nicht unter 50 und nicht über 1000 betragen.

Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Vollzugsorgan, und zwar auf je 50 Mitglieder 1 Vertreter; jedoch muß dieses Vollzugsorgan aus mindestens 3 und höchstens 15 Mitgliedern bestehen.

(Variante zu Punkt 2.) Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Exekutivkomitee, und zwar auf je 25 Mitglieder einen Vertreter; jedoch muß dieses Komitee aus mindestens 5 und höchstens 40 Mitgliedern bestehen.

3. Die Wahl der Mitglieder des Stadtsowjets gilt für drei Monate.

4. Der Stadtsowjet wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal in der Woche einberufen.

5. Eine außerordentliche Versammlung des Stadtsowjets wird von seinem Vollzugsorgan einberufen entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Sowjets.

6. Das Vollzugsorgan ist dem Stadtsowjet voll und ganz verantwortlich.

7. In den Grenzen seines Ressorts ist der Stadtsowjet die oberste Gewalt im Bezirk der Stadt.

Fünftes Kapitel.

Von den Kreiskongressen der Sowjets.

1. Der Kreiskongress der Sowjets besteht aus Vertretern der Dorfsowjets, und zwar kommt ein Delegierter auf 1000 Einwohner, doch nicht mehr als 300 Delegierte auf den ganzen Kreis.

Anmerkung 1. Die Dorfsowjets derjenigen Ortschaften, die weniger als 1000 Einwohner haben, werden für die Wahl der Delegierten in den Kreisowjet miteinander vereinigt.

Anmerkung 2. In den Kreisowjets nehmen Vertreter der Sowjets solcher Städte teil, deren Einwohnerzahl nicht über 10 000 beträgt.

2. Der Kreiskongress der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee einberufen, und zwar mindestens einmal in drei Monaten.

3. Ein außerordentlicher Kreiskongress wird vom Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen oder, wenn eine Anzahl Sowjets und Ortschaften es verlangen, deren Einwohnerzahl nicht weniger als ein Drittel der Einwohnerzahl des ganzen Kreises beträgt.

4. Der Kreiskongress wählt ein Exekutivkomitee von nicht mehr als 20 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist dem Kreiskongress der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Kreiskongress die höchste Gewalt im Kreise; in der Zeit zwischen den Kongressen ist das Exekutivkomitee die höchste Instanz.

Sechstes Kapitel.

Von den Gouvernementskongressen der Sowjets.

1. Der Gouvernementskongress der Sowjets besteht aus Vertretern der Kreisowjets, doch nicht über 300 Delegierte für das ganze Gouvernement.

Anmerkung: Wenn dem Gouvernementskongress kein Kreisowjet vorausgeht, werden die Mitglieder für den Gouvernementskongress unmittelbar durch die Bezirksowjets gewählt.

2. Der Gouvernementskongress der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee mindestens einmal in drei Monaten einberufen.

3. Der außerordentliche Gouvernementskongress der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Bevölkerung des Gouvernements.

4. Der Gouvernementskongress der Sowjets wählt ein Exekutivkomitee von höchstens 25 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist dem Gouvernementskongress voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Gouvernementskongress der Sowjets die höchste Gewalt im Gouvernement; in den Zeiträumen zwischen den Kongressen stellt sein Exekutivkomitee die oberste Gewalt dar.

Siebentes Kapitel.

Vom Provinzialkongress der Sowjets.

1. Der Provinzialkongress der Sowjets besteht aus Vertretern der Stadtsowjets und der Kreisowjets, und zwar so, daß in den Kreisen auf 25 000 Einwohner, in den Städten auf 5000 Wähler ein Delegierter kommt, doch darf die Gesamtzahl der Delegierten 500 nicht übersteigen.

Anmerkung: Wenn der Gouvernementskongress der Sowjets dem Provinzialkongress vorgeht, so werden die Delegierten für die Provinzialkongresse direkt vom Gouvernementskongress gewählt.

2. Der Provinzialkongress wird von seinem Exekutivkomitee mindestens einmal in drei Monaten einberufen.

3. Der außerordentliche Provinzialkongress wird vom Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, deren Einwohnerzahl ein Drittel der Einwohnerzahl der ganzen Provinz beträgt.

4. Der Provinzialkongress wählt ein Exekutivkomitee von höchstens 20 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist dem Provinzialkongress der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Provinzialkongress der Sowjets die höchste Gewalt in der Provinz. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen stellt das Exekutivkomitee die oberste Instanz dar.

Achtes Kapitel.

Vom Allrussischen Kongress der Sowjets.

1. Der Allrussische Kongress der Sowjets setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadtsowjets, und zwar kommt ein Delegierter auf 25 000 Wähler, und aus Vertretern der Gouvernementskongresse der Sowjets, von denen ein Delegierter auf 125 000 Einwohner kommt.

Anmerkung 1. Wenn der Gouvernementskongress dem Allrussischen Kongress nicht unmittelbar vorgeht, so kann der Allrussische Kongress von den Kreisowjets beschickt werden.

Anmerkung 2. Wenn der Provinzialkongress dem Allrussischen Kongress unmittelbar vorgeht, so kann er letzteren beschicken.

2. Der Allrussische Kongress wird von seinem Exekutivkomitee mindestens zweimal im Jahre einberufen.

3. Der außerordentliche Allrussische Kongress wird vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, deren Zahl mindestens ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Republik beträgt.

4. Der Allrussische Kongress wählt ein Allrussisches Zentral-Exekutivkomitee (Z. E. K.) von höchstens 200 Mitgliedern.

5. Das Z. E. K. ist dem Allrussischen Kongress der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. Der Allrussische Kongress der Sowjets ist die höchste Gewalt der Republik. In den Zeiträumen zwischen den Tagungen stellt das Z. E. K. die höchste Instanz dar.

Scheidemann in Essen.

Protest gegen die unabhängigen Versammlungssprenger.

Essen, 19. Juli. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Nachricht, daß gestern in Solingen eine Versammlung des Genossen Scheidemann durch planmäßigen Sabotage vereitelt worden war (wir berichteten darüber unter „Parteinachrichten“, Red. d. B.), hatte hier großes Aufsehen und lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Die Folge davon war, daß die Versammlung, in der heute abend Scheidemann hier sprach, womöglich noch stärker besucht war, als sonst erwartet werden konnte. Die Zahl der Erschienenen ist mit 7000 niedrig geschätzt. Nach ehe Scheidemann zu seiner Rede über „Krieg und Sozialdemokratie“ das Wort ergriff, setzte gleich bei seinem Erscheinen härmischer Beifall ein, der sich während der Rede steigerte und einige sehr vereinzelt Zwischenrufe zum Schweigen brachte. So antwortete die Essener Arbeiterschaft auf den Solinger Sabotage!

Reichskanzler und Belgien.

Ein zentrumssoffiziöser Kommentar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt an leitender Stelle eine Erläuterung der letzten Kanzlererklärungen über Belgien wieder, in der gesagt wird, der Kanzler habe sich, namentlich in seiner zweiten Erklärung, so klar und unmissverständlich geäußert, daß er gar nicht mißzuverstehen sei. Allerdings sei es hinwiederum „grundfalsch“, einen Widerspruch zwischen der ersten und zweiten Erklärung zu finden, beide bildeten vielmehr ein Ganzes. „Die Erklärungen belegen klipp und klar, daß Deutschland bereit ist, die volle Selbständigkeit Belgiens wieder herzustellen unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig politisch und wirtschaftlich gebotene Sicherheiten für das Deutsche Reich geschaffen werden.“

Weiter heißt es:

Wenn also der Reichskanzler Graf Hertling gefordert hat, daß Belgien keinem anderen Staate fötig sein darf, so liegen in dieser Forderung die militärischen und wirtschaftlichen Sicherheiten begründet; denn ein wirklich selbständiges Belgien bietet tatsächlich die gebotene Sicherheit.

Also wirkliche, volle Selbständigkeit! Gegen die Vaterlandspartei, die sich in einer Resolution gegen die Kanzlererklärungen gewandt hat, wird ausgeführt:

Wir wollen uns auf eine Auseinandersetzung mit der Deutschen Vaterlandspartei nicht einlassen, sondern begnügen uns mit dem Hinweis darauf, daß der Reichskanzler Graf Hertling sich in seinen Forderungen bezüglich Belgiens mit der Obersten Heeresleitung im vollen Einverständnis befindet. Wenn beide maßgebenden Instanzen des Reiches in den vom Reichskanzler aufgestellten Forderungen die genügende Gewähr für die Sicherheit des Reiches erblicken, dann sollte das u. a. auch der Deutschen Vaterlandspartei genügen. Im übrigen aber ist es ein mehr als müßiges Beginnen, den klaren und unzweideutigen Erklärungen des Reichskanzlers Demungen zu geben, die, wie wir oben ausführten, in nichts begründet sind.

Damit sind die Versuche gemeint, die Erklärungen in annexionsistischem Sinne auszulegen.

Politischer Weitblick.

Verträgen und Krieg.

In der „Kreuzzeitung“ glaubt ein Herr Prosch den politischen Weitblick der Sozialdemokratie im Zweifel stehen zu lassen. Er beruft sich auf eine Rede Kossels im Reichstage vom Juli 1913.

Kossel sagte u. a. in dieser Rede, daß ein wirklich ernster Grund zum Kriege zwischen den großen europäischen Kulturnationen nicht bestehe, daß die Sicherheit Deutschlands nicht ernstlich bedroht sei, daß keinerlei politische Spannungen beständen. In diesem Sinne belämpfte er die Militärpolitik.

An dieses Zitat schließt der Verfasser die Schlussfolgerung, daß sich die Sozialdemokratie ein Verständnis der Außenpolitik nur anmaße.

Was Kossel seinerzeit sagte, traf für jene Zeit vollständig zu. Der Kampf der Partei gegen die Künftigen war geradezu distilliert von der sehr weislichen Erkenntnis, daß die Furcht vor der Katastrophe und das darauf abzielende Bestreben die eigentliche Ursache des Krieges werden würden, die Vereitelung des Bündnisses, nicht der Punkt allein machten den Krieg möglich. Für die Partei behand im Interesse des Friedens die doppelte Aufgabe, einerseits auf die Gefahr hinzuweisen, andererseits aber mit diesem Hinweis die Gefahr nicht selbst heranzubestimmen. So tat sie das Mögliche, und wenn die sie ihr entgegenstellenden Kräfte stärker waren, so ist das nicht ihre Schuld. Schaden wird es ihr aber gewiß nicht, wenn daran erinnert wird, wie sie für die Erhaltung des Friedens gekämpft hat.

Der neue Kriegsruf des Janusshauers.

Haas aus dem Zuchthaus!

Das Zuchthaus ist die deutsche Zwangswirtschaft und heraus will der Janusshauer. So viel er wenigstens in einer Versammlung der preussischen Landwirte in Danzig und Schlesien:

Der Vogen ist überhand und es wird auf der Landwirtschaft herumgetrampelt, eines Tages wird es aber den Kladderadatsch geben. Ich fürchte, daß auch die heutige Kundgebung nichts nützen wird, weil in unserem Vaterlande nicht mehr die Vernunft gilt, sondern die Furcht vor der Strafe. Im Innern des Landes werden wie nicht eher zu guten Verhältnissen kommen, bis wir einen Mann von bodenloser Rücksichtslosigkeit gefunden haben.

Reaktionäre Fanatiker von diesem Schlage möchten durch „Rücksichtslosigkeit“ auf der Straße zum Weltkrieg auch noch den Bürgerkrieg herbeiführen. Wehe der Regierung, die ihren irrigen Ratschlägen folgt!

München als Sitz des Reichsfinanzhofs.

Annahme der Steuergesetze im Bundesrat.

Offiziell wird gemeldet: In der gestern unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Wirklichen Geheimen Rats von Bayer, abgehaltenen Sitzung des Bundesrats wurde den vom Reichstag angenommenen Steuergesetzentwürfen Zustimmung. Als Sitz des Reichsfinanzhofs wurde München in Aussicht genommen.

Herr v. Bonin hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Gegen den konservativen Reichstagsabgeordneten von Bonn könnte bekanntlich eine Anklage wegen Steuerhinterziehung. Bonin hat darauf den Reichstag gebeten, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung zu geben. Dies lehnte der Reichstag ab. Daraufhin hat Herr von Bonin sein Mandat niedergelegt. Die Schuld an der Bestätigung der Wähler mit einer Neuwahl, so läßt sich der Abgeordnete in seinem Schreiben vernehmen, trifft die Mitglieder des Reichstages, die auf den guten Ruf der Reichstagsmitglieder keinen Wert zu legen scheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsverhältnisse der Berliner Sattler.

In der Generalversammlung der Filiale Berlin des Verbundes der Sattler und Postkutschler berichtete der Vorsitzende Schulze, daß der Mitgliederzustand, der sich schon im vorigen Quartal bemerkbar machte, weiter anhält. Die Mitgliederzahl ist von 2949 auf 2588 zurückgegangen, davon sind 2264 männliche und 1274 weibliche Mitglieder. Der Rückgang der Zahl beträgt bei den Männern 293, bei den Frauen 116. Er ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosigkeit in der Sattlerbranche, besonders in der Konfektion, seit einiger Zeit erheblich nachläßt. Dadurch verschwinden die berufsfremden Arbeiter und Arbeiterinnen mehr und mehr aus den Sattlerbetrieben und infolgedessen auch aus dem Verband. Diese Entwicklung wird auch in der Zukunft noch anhalten. In allerletzter Zeit wird in verschiedenen Betrieben eine sehr lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Doch das ist nur vorübergehend und hat keine Ursache darin, daß die Unternehmer angewiesen sind, die Aufträge, welche sie vor längerer Zeit erhalten haben, bis zum 1. August fertigzustellen. Aus diesem Anlaß werden sogar Leberstunden verlangt, die aber von den Arbeitern mit Rücksicht auf die nicht günstige Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt entschieden abgelehnt werden. Neue Aufträge stehen nur in verhältnismäßig geringem Maße in Aussicht.

Zweifel sind darüber entstanden, ob die im Sattlergewerbe beschäftigten Maschinenführerinnen unter die Verordnung fallen, wonach die mit Herrenschnärräten beschäftigten einer Ausweisarte bedürfen. Wie Schulze betonte, kann die Ausweisarte nur für die Konfektionsarbeit, aber nicht für die eigentliche Sattlerarbeit in Frage kommen. Also die Arbeiterinnen, welche Schweißlöten, Sattlerlöten usw. nähen, brauchen die Ausweisarte nicht. Einzelne Unternehmer sind zwar anderer Meinung, aber die beim Polizeipräsidium bestehende Kommission für Herrenschnärräten, die als Beschwerdebüro in Sachen der Ausweisarte fungiert, steht auf dem Standpunkt, daß die beschäftigten Arbeiterinnen nicht der Ausweisarte unterliegen. Diesen Standpunkt müssen auch die in den Betrieben Beschäftigten vertreten.

Die Filiale Berlin des Textilarbeiterverbandes führte im zweiten Quartal in verschiedenen Betrieben 7 Lohnbewegungen durch, an denen 848 Personen beteiligt waren. Diese erzielten dadurch insgesamt eine Lohnaufbesserung von 8848 M. pro Woche. — Das Quartal schloß mit einem Mitgliederbestand von 2207, davon sind 770 männliche und 1437 weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist gegen das erste Quartal um 89 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich um 17 vermehrt, so daß also die Gesamtzahl um 22 zurückgegangen ist.

Die genügsamen Gelben. Im „Laud“, dem Organ der gelben Werkvereine, lesen wir in einem Bericht über eine Vertreterkonferenz des Bezirksverbandes der Chemnitzer Werkvereine:

Allgemeine Anerkennung fand das Vorgehen der Kappler Maschinenfabrik. Dasselbst bekommen Arbeiter, die 15 Jahre im Werke tätig sind, einen Urlaub von 8 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes, berechnet nach der Tabelle der Krankenlohnbeiträge.

Jalos bekam als Belohnung für eine siebenjährige Dienstzeit als Hirt eine Frau mit einer nach damaligen Begriffen sehr reichen Witze. Der Maschinenfabrik Kappler muß man 15 Jahre als Arbeiter gedient haben, um 6 Tage Ferien zu bekommen. Und diese „Wohltat“ findet allgemeine Anerkennung bei den Vertretern der gelben Werkvereine. Nun ja, sie zeigen uns mit ihrer Anerkennung, wenn ein Unternehmer einmal so tut, als ob er den Arbeitern eine „Wohltat“ zuzuwende. — Wie viele Arbeiter mag es in der genannten Fabrik wohl geben, die in den Genuss der Ferienwoche kommen.

Parteinachrichten.

Ereignung einer Scheidemann-Versammlung in Solingen.

Am Donnerstagsabend hatte der sozialdemokratische Verein Solingen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Abgeordneter Scheidemann über das Thema „Die Sozialdemokratie im Kriege“ reden sollte. Diese Absicht wurde aber von einer Minderheit der Unabhängigen und Sozialisten planmäßig verhindert. Die Unabhängigen hatten vor der Ankunft Scheidemanns folgendes anonymes Flugblatt in ihren Kreisen verteilt:

Scheidemann kommt! Endlich haben wir Gelegenheit mit dem Herrscher abzurechnen. Arbeiter, denkt an die niedrige Bewegung in Deutschland, denkt an die zahlreichen Genossen und Genossinnen in den Gefängnissen und beleiht Scheidemann, daß Ihr keine Hölzer seid. Scheidemann kommt in seiner ungläublichen Dreifaltigkeit hierher, um Euch trotz allem einzulassen. Das soll und darf ihm nicht gelingen. Genossen, was ist zu tun? Die Schubensburg ist durch Arbeiter rechtzeitig zu besetzen. Scheidemann darf unter keinen Umständen zu Worte kommen. Es wäre eine Schande, wenn Scheidemann nochmals in Solingen zu Arbeitern reden könnte. Genossen, hört um 8 Uhr mit der Arbeit auf und besetzt den Saal, soweit Ihr könnt, bezahlt kein Eintrittsgeld.

Nach dieser Parole wurde verfahren. Schon kurz nach 8 Uhr riefen bekannte Personen als Führer der Stoßtruppe auf und eine

Stunde vor Beginn der Versammlung war das Riesensaal nahezu gefüllt. Schon um 8 Uhr wurde der Saal, der inzwischen über 3000 Menschen befehlt hatten, polizeilich abgesperrt. Als darauf Genosse Scheidemann im Saal erschien, wurde er mit wüsten Zurufen: Mäus, Verräter, Volksverräter, Schauspieler! empfangen. Am tollsten produzierten sich hierbei die Führer der Unabhängigen, welche mit möglichst lauter Stimme die Stühler vor sich, die dann von den anderen nachgerufen wurden. Man lobte, schrie, piff auf Hauschläffeln. In der Mitte der Radmacher saß stumm wie ein Fisch der geistige Oberleiter des Krafteels, der Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann. Ihm mochten diese Szenen offenbar Vergnügen, denn sonst wäre es ihm ein leichtes gewesen, seine Parteigenossen aufzufordern, sich anständig zu betragen, wie es in der Sozialdemokratie seit jeher üblich gewesen ist, wo wir politischen Gegnern gegenüberstanden.

Inzwischen war es Scheidemann gelungen, durch das Menschengetöse hindurch auf die Tribüne zu gelangen. Dort wurde er von der Mehrheit der Versammlung fürwärtig begrüßt, mindestens drei Viertel der Anwesenden stimmten in ein aus der Versammlung ausgebrachtes Hoch auf Scheidemann ein, worauf die Minderheit mit einem Hoch auf Dittmann und Liebtnecht antwortete. Der Vorsitzende, Genosse Schoal, ersuchte sich Gehör zu verschaffen, was ihm jedoch nicht gelang, da die Störenfriede jedesmal mit dem Gesang der Internationale einsetzten. Angeachtet des Protestes der großen Mehrheit, die Scheidemann hören wollte, vollführten die Radmaubrüder einen bezartigen Standal, daß der Ueberwachende schließlich die Versammlung auflöste.

Für heute sei zu diesem Standal nur soviel bemerkt: Hätten die Solinger Radmaubrüder wirklich an „die Genossen im Gefängnis“ gedacht, so hätten sie sich auch dessen erinnert, mit welcher Entschiedenheit gerade Scheidemann stets für diese Opfer des Belagerungszustandes eingetreten ist, und sie hätten sich geschämt. Jedes politische Kind weiß zudem, daß solch ein planmäßig angelegter Standal für die Stimmung der Massen gar nichts beweist. Wie wenig die Massen mit antisemitischer Radmaubreaktion zu gewinnen sind, hat sich in Berlin gezeigt. In Solingen wird es, wenn die Probe aufs Exempel gemacht wird, nicht anders sein!

Die badiische Sozialdemokratie.

Der Bericht des badiischen Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens an den am 20. und 21. d. M. in Offenburg stattfindenden ordentlichen Landesparteitag umfaßt die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1918, also volle vier Jahre, darunter 44 Kriegsmoate.

Die Mitgliederbewegung zeigt die erschütternden Eingriffe des Krieges in das äußere Gefüge der Partei: nahezu 18 000 von den 25 000 zu Kriegsbeginn organisierten Genossen stehen heute unter den Fahnen, nur etwa 5000 Mitglieder (darunter 1800 weiblich) sind heute in den 106 Mitgliedschaften noch vorhanden, die von den 226 des Frühjahres 1914 übrig geblieben sind. Innerhalb der kriegsbedingten zahlenmäßigen Bewegung scheint auch in Baden überwunden: bereits hat das Geschäftsjahr 1917/18 an verkauften Beitragsmarken mit rund 195 000 das unmittelbar vorangegangene 1916/17 um rund 5000 übertraffen, ein Erfolg, der allerdings fast ausschließlich dem 11. (Mannheimer) Kreis zu verdanken ist. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder in Baden die Spaltung mit aller Entschiedenheit vertritt, und daß ihnen die Einheit und Geschlossenheit der Partei höher stehen als Kleinliches Geizhals und Rechtsberei. Nur ganz wenige Orte im Lande sind es, wo die Partei der Parteigehöriger Ruh fassen konnte, deren Arbeit wohl auch nächsten Sonntag in Offenburg die gebührende Kennzeichnung erfahren wird.

Ein Kapitel wehmütigen Gedankens und vielschollen Erinnerens ist das mit der Heberchrift „Unsere Toten“. An schlichten und doch tief von Herzen kommenden Worten wird da der Opfergedacht, die der Weltkrieg aus den Reihen unserer badiischen Sireller gerissen, in erster Linie unseres Dr. L. Frank, dessen freiwilliges Heldentum auch für seine Partei noch lange nicht alle seine Früchte getragen hat.

Der Kassenbericht, dessen einzelne Ziffern naturgemäß die verwaltenden Wirkungen der langen Kriegsjahre auf das Parteileben getreu widerspiegeln — in den vier Kriegsjahren zusammen gingen nur rund 4000 M. aus Mitgliederbeiträgen mehr ein als im Jahre 1913/14 allein —, stellt immerhin fest, daß da und dort, trotz aller Kriegsnöte, für die Partei hätte mehr gezeichnet können. Der Landeskasse müssen ausreichende Geldmittel zur erfolgreichen Durchführung der bevorstehenden Wahlkampfe zugeführt werden. Das richtige Verständnis für die großen Aufgaben, welche die Sozialdemokratische Partei während und nach dem Kriege zu lösen beizuführen ist, läßt erwarten, daß der Landesparteitag dem Antrag auf Erhöhung der Mitgliederbeiträge einmütig die Zustimmung erteilt. Die eingehende Darstellung der materiellen Lage unserer badiischen Parteipresse („Vollstimme“, „Mannheim“, „Vollstund“, „Karlruhe“, „Freie Presse“, „Pforzheim“ und „Vollstund“, „Reiburg“) vermag erfreulichweise eine nicht unwesentliche Verbesserung im letzten Berichtsjahr 1917/18 gegenüber den beiden vorhergegangenen Kriegsjahren festzustellen, die vornehmlich in einer teilweise recht bemerkenswerten Steigerung der Zahl der Leser zum Ausdruck kommt.

Industrie und Handel.

Die Beschäftigung der Waggonfabriken.

Das Eisenbahn-Zentralamt hat vor kurzem einen weiteren und voraussichtlich letzten zur Winterlieferung 1918/19 gehörenden Auftrag auf Eisenbahnwagen mit rund 6000 Güterwagen hinausgegeben, der die Beschäftigung der Waggonfabriken ergänzen soll bis Anfang Sommer 1919. Soweit die Verhältnisse derzeit übersehen werden können, ist die Auslieferung aller bisher ergangenen Staatsbahnbestellungen mit Sicherheit bis Mitte Mai nächsten Jahres zu erwarten; ob eine größere oder geringere Zahl der Werke schon früher neue Staatsbahnbestellungen in Angriff nehmen kann, hängt von Umständen ab, die außerhalb des Machtbereichs der Waggonfabriken liegen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. in Berlin hat nach der „Voss. Zig.“ im abgelaufenen ersten Halbjahr etwas größere Umsätze erzielt, als zur entsprechenden Vorjahrszeit. Doch läßt sich noch nicht sagen, wie dieser Umsatzaufschlag das Gesamtergebnis einwirken wird. Die steigenden Löhne und die Arbeiterverhältnisse im allgemeinen sind zu berücksichtigen. Die Gesellschaft ist zurzeit gut beschäftigt und vorläufig liegen noch reichliche Bestellungen vor.

Enteignung deutschen Eigentums.

Der Vertreter des feindlichen Eigentums teilte mit, daß die den Deutschen gehörende Becker-Steel-Co. von der Regierung der Vereinigten Staaten übernommen worden ist. Die Regierung wird dadurch in den Besitz eines geheimen Verfahrens kommen zur Verfertigung einer bestimmten Art Stahl, von der man erwartet, daß sie für die Herstellung starker Flugmotoren von erheblichem Nutzen sein wird. Die meisten Aktien der Gesellschaft befinden sich in deutschen Händen.

Die englische Kaliindustrie.

Der Direktor der englischen Kaligesellschaft Kemeth sagte in einem Vortrag: Die anfänglichen Schwierigkeiten der Kaliindustrie sind überwunden und nach unserer Schätzung sind wir imstande, genug und reineres und billigeres Chloralkali als die Deutschen zu produzieren und allen unseren Bedürfnissen zu genügen.

Es wäre ein Wunder, wenn Deutschland das Kalimonopol für immer verbliebe. Besonders Spanien wird künftig wohl in Wettbewerb treten. Die Kennungen des englischen Direktors sind aber offensichtlich reifemäßig. Auch ist bei allen feindlichen Mitteilungen über Kalium die Wunsch wohl zu beachten, den Kompensationswert deutscher Kaliumlieferungen bei künftigen Verhandlungen zu prüfen.

Berichtszeitung.

Diebstahl im Auto. Eine Diebstahlbande, welche zu ihren nächtlichen Raubzügen einen Kraftwagen der Heeresverwaltung benutzte, ist vor einiger Zeit von der Berliner Kriminalpolizei wenigstens zum Teil aufgehoben gemacht worden. Gegen ein Mitglied dieser „fliegenden Einbrecherkolonne“ hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verhandeln. Es war dies der Klavierträger Hermann Kühn, ein vielfach, zuletzt mit 3 Jahren Zuchthaus verurteilter Mensch, der, nachdem er sich einige Zeit von jeder strafbaren Handlung ferngehalten und gearbeitet hatte, nun doch wieder rückfällig geworden war. Der Angeklagte hatte in Gemeinschaft mit dem zurzeit schwebendhäftigen Kraftwagenfahrer Erwin Sanger und einem Delinquenten Schulz am 7. Januar d. J. das Zigarrengeschäft von Berg in der Schützenstraße zu Steglitz zum Ziel ausgeräumt. Die Ware wurde in dem Militärkraftwagen, den Sanger widerrechtlich benutzte, verladen. Von Steglitz ging es nach Schmaragdendorf, wo am Bahnhof aus dem Zigarrengeschäft von Sturm für 6000 M. Zigaretten und Zigaretten gestohlen wurden. — Vor Gericht war der Angeklagte anscheinend reuevoll geständig. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß der Angeklagte sechs Jahre lang sich straflos gehalten hat und offenbar jetzt nur der Verführung erlegen sei, bat Rechtsanwalt Dr. Kurt Vincus, den Angeklagten durch Jubilierung widerlicher Umstände vor dem Zuchthaus zu bewahren. Das Gericht billigte dem Angeklagten, da er offenbar nur der Verführung sei, auch mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung Bornhardt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.
Abkammungslehre und Darwinismus von R. Hesse, geb. 1.20 M., geb. 1.50 M., Leutnantsausflug 50 Pros. Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin.
Städtliche Kinder von Rudolf Breder. — Deutsche Revue, eine Monatschrift. Preis vierteljährlich 6 M., beide Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Redakteur, 121/122.

Verantwortl. J. Vollst. Dr. Franz Dieberich, Berlin-Briedenow; für d. übrigen Teil des Staates: Alfred Engel, Kurlin; für Anzeigen: Theodor Wiese, Berlin; Verlag: Bornhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin. Universitäts- u. Orstra 1 Verlag und Unterhaltungsamt.

Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71

BERLIN N.

Chausseestrasse 70-71

Wirtschaftsartikel

- 3 Vorratsbüchsen, bunt Blech, ca. 1/2 Pfund Inhalt 1.45
- 1 gr Napfkuchenform zusammen 1.45
- 1 kl. Napfkuchenform zusammen 1.45
- 1 Briefkasten 1.45
- 1 Springform zusammen 1.45
- 1 Königskuchenform zusammen 1.45
- 1 Bratpfanne mit Gürtel 1.45
- 2 Scheuerbürsten 1.45
- 1 rundes Hackbrett zusammen 1.45
- 1 Wurstbrett zusammen 1.45
- 1 Kleiderbürste 1.45
- 1 Toilette - Papierhalter zusammen 1.45
- 1 Toilette - Papierrolle zusammen 1.45
- 1 Scheuerbürste mit Stiel zusammen 1.45
- 1 Pack Blitzblank 1.45
- 1 Besteckkasten 2- oder 3teilig 1.45
- 5 runde Brotteiler 1.45

Emaile

- 1 Reibeisen 1.45
- 1 Milchkanne 1.45
- 1 Kaffeeflasche 1.45
- 3 Trinkbecher 1.45

Lampen

- 2 Glühstrümpfe für Gasgas 1.45
- 4 Zylinder für Steingas 1.45

- 1 Rasierapparat versilbert, mit 2 Kling. 1. Karton 1.45
- 10 Rasierklingen extra 1.45

Taschentücher

- Damen-B. tist-Tücher mit Hoblsaum und gestickter Ecke 1.45
- Damen-Batist-Tücher mit feinem farbigen Rand 1.45
- Damen-Tücher mit Langotte und gestickter Ecke 1.45

Porzellan

- 2 Paar Tassen blau, Strohmuster .. 1.45
- 6 Kaffeeteller bunt 1.45
- 2 Paar Tassen mit Rosenkante, ... 1.45
- 1 Kaffeekanne weiss 1.45
- 6 Obertassen weiss 1.45
- 1 Kaffeekanne bunt 1.45
- 1 Zuckerdose } bunt zusammen 1.45
- 1 Milchtopf } zusammen 1.45
- 3 Paar Kaffeetassen bunt 1.45
- 4 Paar Kaffeetassen mit blau. Rand 1.45
- 1 grosse Gemüseschüssel 1.45
- 3 Gewürztonnen mit Goldstempel 1.45

Schreibwaren

- Briefkassetten 25 Bogen, 25 Kuvert 1.45
- Briefmappen 25/25 Damenformat, mit Goldstift, Leinwandp. 1.45
- Briefkassetten 10/10 mit Klappkarten und Prägnung 1.45

Parfümerie

- 1 Flasche Mundwasser 1.45
- 1 Zahnbürste und 1 Tube Zahnpasta 1.45
- 1 Flasche Haarkraftwasser ... 1.45
- 6 Pakete Mandelkleie 1.45
- 1 Tube Hautbleichcreme 1.45
- 1 Frisierkamm und 1 Staubkamm 1.45
- 1 Dose Trock. Eau de Cologne und 1 Tube Hautcreme 1.45

Weisswaren

- Kinder-Garnitur aus gestickt. Batist 1.45
- Blusen- und Jacken-Kragen in verschiedenen Ausführungen 1.45

Herren-Artikel

- Herren-Hosenträger 1.45
- Kinder-Strohhüte 1.45